

Das ist das Mindeste!

In Göttingen darf niemand abgeschrieben werden.
Zur Situation von Langzeitarbeitslosen in Südniedersachsen

Arbeitslosigkeit macht mutlos und krank. Wer keine Arbeit hat, zweifelt oft an sich selbst und fühlt sich von anderen abgelehnt. Eine sinnvolle Lebensgestaltung wird sehr erschwert, und persönliche und familiäre Probleme sind häufig die Folge. Je länger Arbeitslosigkeit dauert, umso schlimmer ist auch die finanzielle Situation.

Der Bundestag hat im Haushaltsgesetz des Jahres 2011 die Eingliederungsmittel im Sozialgesetzbuch II gegenüber dem Vorjahr um 20 % gekürzt. In der Region Göttingen wirkt sich die Kürzung überproportional aus und beträgt ungefähr 7 % mehr als im Durchschnitt. Dies hängt mit der Strukturschwäche Südniedersachsens zusammen. Für die Jahre 2012 und 2013 sind weitere erhebliche Kürzungen vorgesehen. Der Bundestag begründet diese Kürzungen mit der wieder angesprungenen Konjunktur und dem entsprechenden Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Langzeitarbeitslose profitieren aber bisher nicht vom Rückgang der Arbeitslosigkeit!

Die Zahl derer, die Arbeitslosengeld II in der Stadt Göttingen empfangen, stagniert auf hohem Niveau. Im Jahr 2009 waren es 12.526 Personen und im Jahr 2010 waren es 11.956 Personen, die Arbeitslosengeld bekamen, also nur 570 Personen weniger. Und die Zahlen für das erste Quartal in diesem Jahr lassen leider keine Besserung für das ganze Jahr erwarten.

Wir stellen fest:

Die Kürzung von Geldern für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt verhindert die Integration von Langzeitarbeitslosen.

Deshalb fordern wir: **Die Kürzung muss zurückgenommen werden!**

Zweitens stellen wir fest:

Viel zu oft verhindern starre Gesetze und Vorschriften genau die Maßnahmen, die im Einzelfall zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt führen würden. Deshalb fordern wir:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den JobCentern brauchen mehr Spielräume für die Entscheidung über Fördermaßnahmen.

Und drittens stellen wir fest:

Das Ziel, alle Arbeitslosen in reguläre Stellen zu vermitteln, ist eine Illusion.

Der gute Wille der Betroffenen ist in vielen Fällen vorhanden - aber viele Menschen haben Handicaps aufgrund ihrer Gesundheit, ihrer Sprachprobleme oder ihres Lebensalters. Diese Menschen brauchen langfristig geförderte Arbeitsmöglichkeiten!

Ein-Euro-Jobs und Bürgerarbeit zeigen, dass es möglich ist, zusätzliche Tätigkeiten zu schaffen, durch die reguläre Arbeitsverhältnisse nicht gefährdet werden. Solche Beschäftigungsformen müssen vermehrt angeboten werden, und zwar ohne enge zeitliche Befristung!

Deshalb brauchen nicht vermittelbare Langzeitarbeitslose sinnvolle Beschäftigungen.

Natürlich kostet das Geld. Aber nur so kann vielen Problemen vorgebeugt werden, die erst recht Geld kosten. Psychische Erkrankungen, Überschuldung, schlechte Entwicklungs- und Bildungschancen der Kinder – das alles bedeutet nicht nur persönliches Unglück, sondern auch hohe gesellschaftliche Kosten! Deshalb:

Dauerhafte Arbeitslosigkeit darf nicht hingenommen werden. Prävention lohnt sich!

Die unterzeichnenden Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Soziales des ev.-luth. Kirchenkreistags Göttingen an die Mitglieder des Deutschen Bundestages aus dem Wahlkreis Göttingen:

Norbert Bernholt, Bettina Briesemeister, Albrecht Dinkelacker, Rudolf Grote, Jochen Kirchhelle, Rolf Koppe, Werner Peter, Christiane Scheller

